

[Verfassungsrichter kassieren die Politreformen von 2004](#)

01.10.2010

Das Verfassungsgericht hat die politische Reform des Jahres 2004 zurückgenommen und die Verfassung von 1996 wieder in Kraft gesetzt.

Das Verfassungsgericht hat die politische Reform des Jahres 2004 zurückgenommen und die Verfassung von 1996 wieder in Kraft gesetzt.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtes verkündete der Oberste Verfassungsrichter Anatolij Holowin.

Der Beschluss besteht aus vier Punkten:

1. Es wird anerkannt, dass das Gesetz Nr. 2222-IV vom 8. Dezember 2004 "Zur Eintragung von Änderungen in die Verfassung der Ukraine" in Verbindung mit Verletzungen der verfassungsrechtlichen Prozedur bei der Prüfung und der Verabschiedung nicht der Verfassung entspricht.
2. Das Gesetz der Ukraine "Zur Eintragung von Änderungen in die Verfassung der Ukraine vom 8. Dezember 2004 Nr. 2222-IV" verliert seine Gültigkeit vom Tage dieses Urteils des Verfassungsgerichts an.
3. Gemäß Teil 2 des Artikels 70 des Gesetzes "Über das Verfassungsgericht" werden die staatlichen Organe verpflichtet alle rechtlichen Normen und Änderungen nach dem 8. Dezember 2004 unverzüglich an die rechtlichen Normen aus der Verfassung der Ukraine vom 28. Juni 1996 anzupassen.
4. Das Urteil des Verfassungsgerichts ist verbindlich auf dem Territorium der Ukraine und kann nicht angefochten werden.

Das Urteil wurde von folgenden Richtern unterzeichnet: Baulin, Brynzew, Wdowitschenko, Wykonkurow, Holowin, Hultaj, Saporoshez, Kampo, Kolos, Lypak, Markusch, Owtscharenko, Serhijtschuk, Stezjuk, Stryshak, Tkatschuk, Schaptala, Schyschkin.

Dem Urteil werden die einzelnen Meinungen der Richter des Verfassungsgerichts angefügt. Den Informationen der "**Ukrajinska Prawda**" nach hatte Richter Schyschkin eine gesonderte Auffassung.

Derart wird die Regierungsform in der Ukraine von der parlamentarisch-präsidentialen in eine präsidential-parlamentarische umgewandelt.

Bekanntlich hatte die Werchowna Rada am 8. Dezember 2004 das Gesetz "Zur Einbringung von Änderungen in die Verfassung der Ukraine" Nr. 2222-IV verabschiedet, welches den Übergang von der präsidential-parlamentarischen zur parlamentarisch-präsidentialen Regierungsform vorsah.

Am 14. Juli dieses Jahres stellten 252 Parlamentsabgeordnete beim Verfassungsgericht den Antrag auf Überprüfung der Verfassungskonformität dieses Gesetzes.

Quelle: [Ukrajinska Prawda](#)

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 271

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.